

## DIE LINKE im Rat der Stadt Geilenkirchen

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
zu diesem Haushaltsentwurf sind viele richtige Sachverhalte vorge-  
tragen worden.

**Es ist richtig**, dass das Konnexitätsprinzip eingehalten werden muss.  
Es kann nicht sein, dass den Gemeinden immer mehr Aufgaben auf-  
getragen werden, sie bei der Finanzierung aber im Regen stehen gel-  
assen werden. **Es wäre allerdings wünschenswert**, wenn deutlicher  
formuliert würde, wem man diese unseriöse Politik zu verdanken hat,  
nämlich in erster Linie der Landesregierung in Düsseldorf und der  
Bundesregierung.

**Es ist ebenfalls vernünftig**, wenn der Kreis tiefer in seine Rücklagen  
greift und damit den Gemeinden in ihrer derzeit schwierigen Situati-  
on finanziell beisteht.

Allerdings kann man solche Vorgänge nicht beklagen, wenn man die  
**eigenen** Hausaufgaben nicht macht. Seit 2008 leistet sich die Stadt  
Geilenkirchen einen niedrigeren Gewerbesteuerhebesatz, als er im  
Gemeindefinanzierungsgesetz vorgesehen ist. Ich habe seinerzeit auf  
die dadurch weiter entstehende **soziale** Schieflage hingewiesen.

Ein mindestens ebenso gravierender Aspekt ist aber auch die **finanzi-  
elle** Auswirkung. Bei einer Neuverschuldung von über 6 Millionen €  
ist es nun wirklich nicht mehr nachvollziehbar, dass die Stadt Geilen-  
kirchen von 2008 bis 2010 auf ca. 1,5 Mio. Steuereinnahmen verzicht-  
tet. Diese fehlenden Einnahmen werden durch steigende Zinsen, die  
absolute Niedrigzinspolitik der EZB neigt sich dem Ende zu, in Zukunft  
den Gestaltungsspielraum der Stadt Geilenkirchen zum Schaden der  
Bürgerinnen und Bürger erheblich verschlechtern. Man kann nicht  
mit dem Finger auf die anderen (Bund/Land/Kreis) zeigen und selber  
die Misere mit verschulden. Dies ist keine seriöse Politik.  
Ich beantrage deshalb, den Hebesatz auf die Höhe des fiktiven Hebe-  
satzes, der im Gemeindefinanzierungsgesetz vorgesehen ist, festzu-  
setzen.

Vielen Dank.